

A n t w o r t

des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/8243 –

Situation von Kindern und Jugendlichen als Teilnehmer von Demonstrationen

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/8243 – vom 6. Dezember 2023 hat folgenden Wortlaut:

Seit dem Jahr 2022 ist zu beobachten, dass auch vermehrt Jugendliche bei Demonstrationen teilnehmen. Auch wurden auf Demonstrationen vermutlich bewusst Kinder mitgeführt. So kam es bei einer Demonstration in Berlin am 17. November 2022 zu einer vermutlichen Instrumentalisierung von Kindern, um die Polizei daran zu hindern, härtere Maßnahmen zu ergreifen. Auch bei den derzeitigen Entwicklungen um sogenannte „Klimaproteste“ wie z. B. in Lützerath ist eine weitere negative Entwicklung zu befürchten. Des Weiteren wurden Minderjährige oftmals auch auf Demonstrationen im Rahmen des CSD 2023 in Berlin, Köln und Stuttgart von Erziehungsberechtigten mitgeführt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Inwiefern wurden seit dem Jahr 2020 Minderjährige und Jugendliche bei Demonstrationen durch Vollstreckungsbeamte festgenommen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und Anzahl)?
2. Werden derzeit Weiterbildungen mit dem Fokus auf den Umgang mit Minderjährigen und Jugendlichen als aktive Teilnehmer von Demonstrationen für Vollstreckungsbeamte durchgeführt?
3. Wird derzeit im Schulunterricht das Demonstrationsrecht besprochen?
4. Wie oft kam es seit dem Jahr 2020 zu Anzeigen wegen Verletzung der Schutzpflicht im Umfeld von Demonstrationen (bitte aufgeschlüsselt nach Anzahl und Veranstaltung)?
5. Wie oft haben Schulleitungen seit dem Jahr 2020 beantragte Freistellungen für „Protestaktionen“ und „Demonstrationen“ mit Bezug „Klimakrise“ und „Fridays for Future“ negativ beantwortet (bitte aufgelistet nach Jahr und Anzahl)?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Anwesenheit von Minderjährigen bei Demonstrationen, bei denen auch knapp bekleidete Personen und offen sexualisierte Inhalte offen präsentiert werden?
7. Wie schätzt die Landesregierung die Befürchtungen vieler Journalisten ein, dass seit dem Jahr 2020 Kinder durch Eltern bei Demonstrationen instrumentalisiert werden?

Das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 29.12.2023
18/8433



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Postfach 3170 | 55021 Mainz

An den
Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

29. Dezember 2023

Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)
Situation von Kindern und Jugendlichen als Teilnehmer von Demonstrationen
– Drucksache 18/8243 –

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Eine derartige Statistik wird nicht geführt. Vor diesem Hintergrund liegen keine Daten vor, die im Sinne der Fragestellung einer sachgerechten Auswertung zugeführt werden könnten.

Zu Frage 2:

Nein.

Zu Frage 3:

Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung der allgemeinen Demokratiebildung spielt eine intensive Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Grundrechten und politisch-gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten in der Schule eine besondere Rolle. In diesem Zusammenhang steht auch das Demonstrationsrecht im Fokus des Geschichts- als auch des Sozialkundeunterrichts. Es wird mehrfach in der Sekundarstufe I und II vernetzend und wiederholend behandelt.



Zu Frage 4:

Der Landesregierung liegen hierzu weder statistische Daten noch sonstige Erkenntnisse vor.

Zu Frage 5:

Eine zentrale Meldepflicht der Schulleitungen für positiv oder negativ beantwortete Beurlaubungsanträge oder den Umgang mit Entschuldigungsgesuchen im Zusammenhang mit „Protestaktionen“ und „Demonstrationen“ besteht nicht. Entsprechende Daten liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu Frage 6:

Der Hinweis auf knapp bekleidete Personen und offen sexualisierte Inhalte ist aus Sicht der Landesregierung in diesem Kontext nicht nachvollziehbar.

Zu Frage 7:

Konkrete Sachverhalte, dass Kinder durch Eltern bei Demonstrationen instrumentalisiert werden, liegen der Landesregierung nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz